

sich schon jetzt zu einer grundstürzenden Wendung in ihrer Politik entschließen sollen.

Der Reichsrat ist nach den Erlebnissen dieser drei Jahre und nach so vielen Irrungen nicht mehr zu entbehren. Das Volk braucht eine Tribüne, der Bürger die Stätte, wo die persönliche Freiheit gewahrt wird, der Staat die Zusicherung des vollen Bestandes der Bevölkerung. Die österreichisch-ungarische Monarchie darf nicht die Schande erleben, daß sie als einziger Kulturstaat auf der ganzen Welt keine wirkende Volksvertretung besitze. Die Arbeitsfähigkeit ist nicht nur ein Interesse des Volkes, sie ist ein Erfordernis des Krieges und des Friedens. Die polnischen Abgeordneten, denen gewiß niemand die Sorgen um das wirtschaftliche Wohl ihres Landes vorwerfen wird, wissen genau, was in diesem Kriege für Galizien geschehen ist, daß Millionen sich verblutet haben, um es vor der Fremdherrschaft zu retten, daß Österreicher und Ungarn, Angehörige des Deutschen Reiches, der Türkei an seinen Grenzen stehen und Wacht halten, daß der Feind nicht einbringe. Wir haben mit dem Zoll von Sokotoraben von Menschenleben den Zusammenhalt von Galizien mit der Monarchie bekräftigt, und dieses Opfer zieht auch Verpflichtungen nach sich, die nicht abgewiesen werden können. Der Polenklub ist gewiß jene Partei des Abgeordnetenhauses, wo am meisten staatsmännische und parlamentarische Begabung zu finden ist. In der bewegten Zeit, in der wir leben, in der übermächtigen Krise, die alle Staaten ergrißen hat, soll das wiedererstandene Parlament nicht gleich im Vorhinein mit einem Gebrechen behaftet sein. Die Regierung könnte durch entsprechende Aufklärungen Mittel finden, den Sturm zu beschwören und die aus der alten Ueberlieferung kommende Mäßigung der Führer zu unterstützen. Der Polenklub mag ihr manchen Vorwurf machen. Das Parlament als solches aber wird er nicht zerstören und die Wiedererstarbung unserer Verfassung, die Erneuerung des normalen staatlichen Lebens wird auch ihm ein Heiligtum bleiben. Die Wellen gehen hoch am heutigen Tage. Aber die bisherigen Krisen dieser Art konnten besänftigt werden und vielleicht gelingt es auch dieses Mal.

Die galizische Sonderstellungsfrage. Die Beratungen des Polenklubs.

Wien, 15. Mai.

Auch in der heutigen Sitzung des Polenklubs, in der die Debatte über die Frage der Sonderstellung Galiziens im Zusammenhange mit der ganzen polnischen Frage fortgesetzt wurde, gaben alle Redner ihrem Unmut über die Behandlung der Bevölkerung Galiziens Ausdruck. Es wurden abermals Klagen über das mangelnde Entgegenkommen gegenüber dem schwergeprüften Lande laut und die Redner suchten an der Hand zahlreicher Vorkommnisse den Nachweis zu erbringen, daß trotz aller Versprechungen bisher nur sehr wenig geschehen sei, um die wirtschaftliche Lage Galiziens auch nur einigermaßen zu verbessern und den Bewohnern des Landes helfend unter die Arme zu greifen.

Es sprachen die Abgeordneten Kędziór, Doktor Diamand, Dr. Glombinski, Daszynski, Ritter v. Haller, Dr. v. Jaworski, Angermann und Minister Dr. Bobrzyński. Es wurde auch eine Reihe von neuen Anträgen eingebracht, die sich zum Teil auch mit der künftigen staatsrechtlichen Gestaltung der polnischen Länder befassen. Die Debatte wurde heute nicht beendet. Die parlamentarische Kommission des Klubs wird die vorliegenden Anträge morgen vormittag einer Vorberatung unterziehen und in der nachmittags um 3 Uhr beginnenden Plenarsitzung ihre Vorschläge erstatten.

Was speziell die Sonderstellungsfrage anlangt, dürfte der bereits eingebrachte Kompromissantrag angenommen werden, der dahin geht, die Verhandlungen über die Sonderstellung Galiziens in Ermanglung der Vorschläge der Regierung als Substrat für die weiteren Beschlüsse zu vertagen. Die Haltung der Regierung in der Sonderstellungsfrage wurde auch heute von allen Rednern einer scharfen Kritik unterzogen, wobei namentlich darauf hingewiesen wurde, daß der Polenklub in seiner Apriltagung seine Haltung durch die Zusicherung der Regierung beeinflussen ließ, bis zum 10. Mai ihre Stellung zu dem Sonderstellungsprojekt des Polenklubs genau bekanntzugeben. Andererseits sei der Minister Dr. Bobrzyński durch diese entgegenkommende Haltung des Polenklubs bestimmt worden, auf seiner Demission nicht zu beharren. Bis heute sei es trotzdem noch nicht möglich gewesen, von der Regierung die in Aussicht gestellten Erklärungen zu erhalten und insbesondere auch keine genügenden Zusicherungen in bezug auf die Aenderung des ganzen derzeitigen in Galizien herrschenden Systems sowie über die Kriegsschadenergütung zu erlangen. All das hat im Polenklub eine aufgeregte Stimmung erzeugt, die gestern und heute in den Reden der Mitglieder lebhaften Ausdruck fand.

Die Verabschiedung Ritter v. Bilinskis vom Polenklub.

Die Verabschiedung Ritter v. Bilinskis vom Polenklub in der heutigen Vormittagsitzung gestaltete sich außerordentlich warm.

Fürst Lubomirski, der als erster Redner namens der konservativen Gruppe das Wort ergriff, hob hervor, daß der Polenklub seinerzeit Ritter v. Bilinski hauptsächlich deshalb zu seinem Obmann gewählt habe, weil er überzeugt war, daß es Dr. v. Bilinski dank seiner Persönlichkeit gelingen werde, alle Parteien im Lande zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen. In dieser Erwartung habe sich der Polenklub nicht getäuscht. Redner wies diesbezüglich auf den Eintritt der Sozialdemokraten in den Polenklub hin.

Namens der demokratischen Fraktion sprach Dr. Leo, der Ritter v. Bilinski insbesondere dafür den wärmsten Dank aussprach, daß er es verstanden habe, in einer Zeit der allgemeinen Verzweiflung die Hoffnung auf eine bessere Zukunft und auf den endgültigen Sieg der polnischen nationalen Sache in der polnischen Öffentlichkeit stets aufrecht und lebendig zu erhalten. Dr. Diamand rühmte das politische Talent, den staatsmännischen Sinn, das reiche Wissen und die unerschütterliche Loyalität Ritter v. Bilinskis als Klubobmann.

Polenklub und Parlament.

Die Frage der Arbeitsfähigkeit des Reichsrates.

Wien, 15. Mai.

Im Polenklub herrscht in letzter Zeit heftige Mißstimmung gegen die Regierung. Der Obmann des Polenklubs Ritter v. Bilinski ist von seiner Stelle zurückgetreten und besonders in der Volkspartei und bei den Allpolen werden manche Äußerungen laut, die so klingen, als wäre ein Wechsel in der gesamten Stellungnahme möglich. Mehr als jemals gilt für die österreichisch-ungarische Monarchie das Wort: Nichts ist innen, nichts ist außen. Denn was drinnen ist, ist draußen. Die Arbeitsfähigkeit des Reichsrates ist nicht nur ein Problem der inneren Politik, sie ist ein Schauspiel, das vor ganz Europa gegeben wird, und sie ist von besonderer Bedeutung in einem Augenblick, da die Entente darauf lauert, Zeichen innerer Schwäche bei uns zu finden und den Wunsch hat, den Eindruck ihrer Mißerfolge im Krieg durch den Hinweis auf unsere politischen Fehler zu überwinden. Die Entente ist schon bisher vor keiner Lüge und vor keiner Verleumdung zurückgetreten, um die Vorgänge, welche Mißdeutung ermöglichten, zu entstellen. Allgemein ist das Gefühl, daß wir uns im letzten Abschnitte des Krieges befinden und daß insbesondere der Zustand in Rußland ein stärkeren Antriebe für die Entente sein muß, einen Frieden zu suchen.

Diese Erwägungen gelten für sämtliche Parteien und jede betreibt heute nicht mehr innere, sondern auch äußere Politik. Jede muß ihre besonderen Interessen zugunsten der schwerwiegenden staatlichen zurückstellen. Im Polenklub sind scharfe Beschwerden erhoben worden, über deren Berechtigung der Außenstehende nicht zu urteilen vermag. Vielsach wird über wirtschaftliche Schäden geklagt, die hätten vermieden werden können. Insbesondere wird hervorgehoben, daß die Regierung das in Aussicht gestellte Projekt über die finanzielle Seite der Sonderstellung noch nicht zugestellt habe. An zahlreichen Fällen haben die Redner die Begründung ihrer Vorwürfe zu beweisen gesucht und die Forderung gestellt, daß dem Lande so rasch als möglich wirtschaftliche und finanzielle Hilfe gebracht werde. Es ist nicht unnatürlich, daß im Polenklub Erregung herrscht. Aber in einem Augenblick, da unsere Soldaten an den Grenzen im wüsten Kampfe stehen, in dem Augenblick, da sozusagen das Schlussszenen in diesem Kriege stattfindet, muß die Frage gestellt werden, ob die Arbeitsfähigkeit des aufgestandenen Parlaments selber leiden und ob die Polen, deren wichtigste nationale Interessen auf der Tagesordnung stehen,